

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Leipzig, Raben- & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Hauptredaktion: Leipzig, Raben- & Komp., Nr. 20618.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringenlohn monatlich 1.80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich Ungarn 4.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zeitungsplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Zeitungsplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die Tagespreise mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Anzeigen-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 218.

Dresden, Mittwoch den 18. September 1918.

29. Jahrg.

Ablehnende Antworten aus England und Amerika.

Rede Balfours. — Besteht eine Kanzlerkrisis? — Eberts Antwort an Henderson.

Geschützfeuer gegen die Friedenstaube.

Aus Washington und London kommen die ersten amtlichen Erwidrerungen auf den österreichisch-ungarischen Friedensvorschlag. Beide Erwidrerungen sind so unerfreulich wie möglich. Es war nicht zu erwarten, daß die gegnerischen Kriegesregierungen ohne weiteres in die dargebotene Hand einschlagen würden. Man mußte auf mancherlei Vorbehalte gefaßt sein. Aber die Reaktionen des englischen Ministers des Auswärtigen Balfour sowie die knappe Erklärung des Herrn Lansing zeigen ein solches Maß Schroffer Ablehnung, daß schwer zu erkennen ist, wie etwa eine Fortsetzung der von Curian angeführten Aussprache möglich sein kann.

Balfour hat zunächst seine persönliche Meinung ausgeprochen, doch wird er sich sicher wissen, daß das britische Kabinett mit seiner Auffassung übereinstimmt. Er sucht die Rede des deutschen Botschafters Bajer gegen die Note Curians auszuwerten und betont die Unannehmbarkeit der von Bajer formulierten Friedensbedingungen. Aber weiter stellt Balfour seine eigenen Bedingungen auf, deren Durchführung einen glatten englischen Siegesfrieden bedeuten würden.

Es genügt Balfour nicht, daß Belgiens Wiederherstellung von Deutschland zugestanden wird. Er fordert Schadenersatz für Belgien und verweist auf den Schaden, den Rußland an Deutschland zu leisten hat. Dabei stellt Balfour die Frage: Welches Uebel Rußland Deutschland bereitet habe, das sich mit dem Uebel vergleichen ließe, das Deutschland über Belgien gebracht hat. Herr Balfour glaubt wohl, daß seine englischen Zuhörer nichts mehr davon wissen, daß Rußlands Mobilmachung die Ratione des Weltkriegs in Gang gebracht hat. Auch verschweigt Balfour, daß der russische Schadenersatz auf einer gegenseitigen Aufrechnung des erwachsenen Schadens beruht. Nach Meinung der deutschen Sozialdemokratie ließe sich auch über eine Entschädigung Belgiens sehr wohl reden, wenn die Entente Staaten bereit sind, auf die Frage des Schadens einzugehen, den sie an deutschem Eigentum verurteilt haben. Hieran jagt aber Balfour nichts.

Balfour spricht weiter von den ungeheuren Ansprüchen Deutschlands im Osten. Wir deutschen Sozialdemokraten sind mit der Ostpolitik der Reichsleitung keineswegs einverstanden. Uns leiten dabei nicht die Gründe, die Herr Balfour hat. Wir sind nicht einverstanden, weil wir überzeugt sind, daß durch die Art des deutschen Vorgehens im Osten nicht etwa eine Machterweiterung, sondern eine Fülle von Schwierigkeiten erzeugt wird. Woher will jedoch Herr Balfour das moralische Recht nehmen, wegen der deutschen Ostpolitik jede Aussprache abzulehnen, da er selbst für sein Land und seine Verbündeten noch viel gewaltigere Machterweiterungen in Anspruch nimmt? Herr Balfour fordert unerbittlich die Loslösung Elsaß-Lothringens von Deutschland und die Rückübergebung der deutschen Kolonien. Er, der von deutscher Herrschaft redet, stellt das Programm des englischen Imperialismus, der englischen Machterweiterung als wie eine Selbstverständlichkeit auf. Balfour spricht davon, daß auf deutscher Seite die gepanzerte Faust immer wieder an den Tag komme. Daß aber die britische Faust doppelt und dreifach gepanzert ist, das ist ihm wieder eine Selbstverständlichkeit.

Es wird sich bald zeigen müssen, ob die scharfe Ablehnung der Wiener Note durch die gegnerischen Staatsmänner ein letztes Wort bedeuten oder ob ihr Verhalten auch durch die Laune bestimmt wird, möglichst viel zu fordern, um die Gegner mehr und mehr zur Nachgiebigkeit zu drängen. Sicher ist, daß bei der Aufstellung von solchen Friedensbedingungen, wie sie Balfour jetzt wieder vorbringt, allerdings die Zeit für eine mündliche Aussprache zwischen Vertretern der kriegführenden Staaten noch nicht reif geworden ist. Es fragt sich nur, wie lange die Völker draußen es noch ertragen werden, daß ihre Kriegesregierungen durch Aufstellung so frivoler Forderungen jede Friedensbesprechung unmöglich machen.

Der Vorwärts führt aus:

Wenn die Sozialisten Frankreichs und die Arbeiterpartei Englands weder eine internationale Sozialistenkonferenz zustande bringen, noch die Ablehnung des österreichischen Vorschlags verhindern können, so muß man daraus schließen, daß sie entweder selbst die Fortsetzung des Kriegs wollen, oder daß ihr Einfluß auf ihre Regierungen gleich Null ist. Nach den bisherigen Erfahrungen wird man leider nicht erwarten dürfen, daß ein Umschlag in der Haltung der Entente durch ihre Einmischung eintreten wird. So bliebe dann als einziges Mittel für die Sache des Friedens aus dem österreichischen Vorschlag dies, daß Gewalt und Erbitterung über seine Ablehnung in den Reihen der feindlichen Völker zurückbleibe.

Vielleicht wird die Entente durch die Form ihrer Antwort dem Entschluß solcher Stimmungen vorzugeben versuchen. Denn die glatte, brutale, allen unmissverständlich Ablehnung des österreichischen Vorschlags wäre das Ungeschicklichste, das sie machen könnte. Man muß also auf eine Antwort gefaßt sein, die

Harte Kämpfe in Mazedonien.

wb. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 18. September.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht:

Bei Ypern wurden Vorstöße, beiderseits des La Bassée-Kanals mehrfach wiederholte Teilangriffe des Gegners abgewiesen.

Heeresgruppe Boehm:

Versuche des Feindes, sich nördlich des Holnon-Kanals an unsere Linien heranzuarbeiten, sowie Teilangriffe gegen Holnon und Rosignolle-Grand scheiterten.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz:

Zwischen Ailette und Ailette setzte der Feind seine Angriffe fort; am Vormittag ließ er zwischen Bazanillon und Ailette, am Nachmittag nach kürzester Feuer auf der ganzen Front mit starken Kräften vor. Der Feind, der zunächst aus Vinon und südlich der Straße Laffaux-Chavignonn in unsere Linien eindrang, wurde im Gegenstoß zurückgeworfen. Die gegen die übrige Front gerichteten Angriffe scheiterten vor unseren Linien.

Heeresgruppe Gallwitz:

Keine besondere Gefechtsaktivität.

Heeresgruppe Herzog Albrecht:

Keinere Erkundungsgefechte an der lothringischen Front und in den Vogesen.

Mazedonischer Kriegsschauplatz.

Definitiv der Gerna stehen die Bulgaren seit dem 15. September im Kampfe mit Franzosen, Serben und Griechen. Zur Abwehr des Feindes sind auch deutsche Bataillone eingesetzt worden.

Der Erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Diplomatisch geschickt, die Diplomatie des Gegners auf eine harte Relativierungsprobe stellt, und so kann man jetzt schon die bejahte Frage nicht unterdrücken, ob die deutsche Diplomatie unter ihrer gegenwärtigen Leitung einer solchen Probe gemachsen wäre.

Das Berliner Tageblatt schreibt:

Unbekümmert darum, daß der englische Minister des Auswärtigen seine Zurückweisung der Curian'schen Note nur als seine „persönliche Meinung“ vorgetragen hat, kann man die Ablehnung durch England als feindselig ansehen. Hätte Mr. Balfour daran Zweifel gehabt, so würde er wohl vorläufig geschwiegen haben. Die Ablehnung kann nicht überraschen angesichts der Friedensbedingungen, die der englische Minister in dieser Rede im Kolonialinstitut in aller Schärfe zusammenfaßt: Entschädigung für Belgien ohne eine Spur der Bereitwilligkeit zur Entschädigung der in aller Welt durch die Entente geschädigten Deutschen; Verzicht Deutschlands auf seine Kolonien; Herausgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich, wobei Herr Balfour sogar andeutungsweise von Herausgabe auch anderer deutscher Gebiete spricht! Der Balfour hat natürlich recht, daß unter solchen Umständen die Abhaltung der von Wien angebotenen vorbereitenden Besprechungen verlorene Arbeit wäre. Solange sich der Standpunkt der Entente in diesen Fragen nicht geändert hat, ist keine Möglichkeit abzusehen, die zwischen den beiden Parteien bestehende Kluft zu überbrücken. Man kann es dahingestellt sein lassen, ob die öffentliche Meinung in England und den übrigen Entente-Staaten von dieser Haltung der Regierungen erbaunt sein wird. Aber die abweichenden Richtungen sind doch nicht stark genug, um die Forderung nach einem Eingehen auf die Wiener Vorschläge unter vernunftgemäßer Herabsetzung der eigenen Bedingungen durchzusetzen. Zugaben, daß die Haltung der deutschen Politik, die sich daraus ergibt, die bisher getroffenen Regelungen in den Litragen als ein jenseits der Diskussion stehendes Definitivum anzusehen, eine harte unnütze Schwierigkeit schafft, — das eigentliche Friedenshindernis liegt doch bei den Entente-Regierungen, die aus der augenblicklichen militärischen Lage Anlaß geschöpft haben, die Schraube ihrer Forderungen ganz beträchtlich anzuziehen. Überdies schafft die Balfour'sche Rede völlige Klarheit. Am so mehr bleibt es dunkel, auf Grund welcher Voraussetzungen Graf Curian glaubte, gerade jetzt seine Anregung mit Aussicht auf Erfolg vorbringen zu können.

Reichstagsparteien und Reichsleitung.

Die Vorgänge der jüngsten Zeit haben die Regierung Vertling nicht befähigen können, auch in den Mittelparteien wird die Conderaktion Oesterreich-Ungarns überaus peinlich empfunden. Auch beklagen sich die Parteiführer mit Recht, daß man sie mit dem Schritt Oesterreichs völlig überrumpelt

hat. Dazu kommt das Mißbehagen über den Gegenstand, der zwischen der Rede des Botschafters Bajer und der Note Curians liegt.

Aber auch nach rechts hin hat Vertling seine Stütze erheblich eingebüßt. Man macht ihm dort den Vorwurf, daß er die Extraparade Oesterreichs nicht verhindert hat.

Es fragt sich nun, ob die Reichsleitung eine Erneuerung nach links bekommen soll. Wir haben schon seit geraumer Frist die Forderung erhoben, daß wir eine Regierung brauchen, die eine vollkommen folgerichtige Politik des Verständigungsfriedens betreibt, die innerpolitisch im Reich wie in Preußen die nötigen demokratischen Reformen mit Entschlossenheit durchführt.

Andrerseits ist sehr bemerkenswert das Verhalten der Nationalliberalen Partei, die jetzt an die Reichstagsmehrheit Anknüpfung sucht. Sollte dieser Anknüpfung gesucht und gewährt werden, um den Einfluß der Sozialdemokratie in der Mehrheit zu verringern, so wäre für uns die Lage vollkommen klar. Vom engeren Parteistandpunkt aus könnte es uns recht sein, wenn eine Regierung der Mittelparteien gebildet würde; ob das aber ein Segen für das deutsche Reich wäre, ist eine ganz andre Frage.

Der Reichstagspräsident über die Lage.

in Stuttgart, 12. September.

Reichstagspräsident Fehrenbach erklärte bei einem Besuche in Ravensburg einem Vertreter der Zentrumspresse: Er habe seinen Anlaß, von einer Krise für Deutschland zu reden. Graf Vertling habe die Kanzlerkrisis angetreten in Uebereinkunft mit der politischen Mehrheit des deutschen Volkes. Kabinettspolitik sei er bestrebt gewesen, zum Ausgleich mit anderwärts vorhandenen Wünschen und Bestrebungen beizutragen. Dabei seien zweifellos gewisse Erklärungen auf der Seite der Reichstagsparteien entstanden. Jetzt aber, wo über die Friedensziele zwischen den maßgebenden militärischen und politischen Kreisen eine Meinungsverschiedenheit nicht mehr besteht, läge irgend ein Anlaß zu Bedenken gegenüber der Kanzlerkrisis nicht mehr vor. Ueber die Frage eines Waffenstillstands äußerte sich Fehrenbach dahin, daß die Hoffnung wenigstens auf einen Waffenstillstand noch vor Eintritt des Winters trotz dem kriegerischen Geistes bei unsren Gegnern nicht ausgeschlossen sei.

Die Nationalliberalen für die Regierung.

Die nationalliberalen Reichstagsfraktion trat am Dienstag zu einer Sitzung zusammen, um zur politischen Lage Stellung zu nehmen. Die mehrstündigen Verhandlungen gipfelten in der fast einstimmigen Zustimmung zu der von der politischen Leitung unter Billigung der Obersten Heeresleitung vertretenen Kriegszielepolitik.

Die Frage des Anschlusses an die interfraktionelle Konferenz soll erst in einer Fraktionsitzung am Montag erörtert werden. Ein liebliches Beispiel zu diesem hochbedeutendsten Anknüpfung bildet die letzte Nummer der parteiamtlichen Nationalen Korrespondenz. Da wird in einem Artikel Herr v. Bajer abgehandelt, weil er den Gegnern gewisse Zugeständnisse gemacht habe und im andern wird gegen den Vorwärts die Aufrechterhaltung der durch den Krieg geschaffenen Zustände im Osten gefordert. Zum finnischen Königsausschuss äußert sich das nationalliberale Organ dahin, Finnland mache durch die Königswahl — von seinem Selbstbestimmungsrecht Gebrauch! Können die Nationalliberalen in die interfraktionelle Konferenz, um dort solche Ansichten zu vertreten, so könnte es dort recht unterhaltbare Diskussionen geben, die praktische Arbeit würde aber dadurch wenig gefördert.

Alles in bester Ordnung.

Der Germania wird aus parlamentarischen Kreisen ausgeschrieben (und wohl verbreitet):

„Wenn man der Berliner Sensationspresse glauben schenken könnte, müßte man annehmen, daß wir wieder einmal in einer Kanzlerkrisis oder Regierungskrisis uns befinden. Wer freilich das Treiben dieser Presse und vollends die Verfassungskrisen ihrer Hinkemmer kennt, kann nur schloß bedauern, wenn die öffentliche Erörterung mit solchen gegenstandslosen Behauptungen und Erfindungen belastet und beunruhigt wird. Wir haben doch wahrlich ernste Sorgen genug in diesem Krieg, so daß die Zeitungen ihre Spalten nicht mit Besprechung von politischen Märchen und müßigen Klatschereien zu füllen brauchen.“

Die Germania wendet sich dann gegen ein Klatschblatt vom Schöne der V. J. am Mittag. Die V. J. am Mittag hat das Gros machen, die Germania hört aber überhaupt nicht, weil sie doch in ihre Ohren gehört hat. Für die bürgerlichen Reichstagsparteien, Zentrum und Fortschrittspartei, haben wir keine Erklärungen abzugeben, für die Sozialdemokratie müssen wir ihrer Darstellung aufs entschiedenste widersprechen.